

**Rede des DGB-Geschäftsführers Ruhr Mark, Jochen Marquardt,
am 24. März 2013 auf der Gedenkveranstaltung der VVN-BdA
an den Widerstand gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch von 1920**

Liebe Freundinnen und Freunde, Kolleginnen und Kollegen,
Bürgerinnen und Bürger,

ich bedanke mich bei der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) für die Einladung zur heutigen Veranstaltung und für die Möglichkeit hier zu sprechen.

In den zurückliegenden Jahren haben sich viele Menschen hier und an vielen anderen Orten, vor allem im Ruhrgebiet getroffen, um den Kämpfern und den Ereignissen im März 1920 zu gedenken.

Und auch heute gedenken wir derer, die vor bald 100 Jahren in einem Generalstreik deutscher Gewerkschaften und Arbeiterparteien dem Kapp-Lüttwitz-Putsch mit aktivem Widerstand begegnet sind.

Ein Widerstand, der bis heute unseren besonderen Respekt verdient und der sich in bedeutsamer Weise in die Geschichte unseres Landes festgeschrieben hat.

All jenen, die damals gekämpft haben, die sich gewehrt haben und die sich der Reaktion entgegengestellt haben, gilt unsere besondere Anerkennung und Hochachtung.

Immer wieder wurde an dieser Stelle in den vergangenen Jahren an die Kämpfe erinnert – das war richtig und das bleibt auch für die Zukunft wichtig.

Ich bedanke mich für die Gewerkschaften der Region ausdrücklich bei den Initiatoren dafür.

Wir müssen uns der Geschichte erinnern, um die Gegenwart zu erkennen und die Zukunft gestalten zu können.

Dieser Aufgabe werden wir uns immer wieder stellen und die Erinnerung an den März 1920 nimmt dabei einen besonderen Platz ein.

Ich bin kein Historiker und ich weiß, dass in den letzten Jahren vieles Bedeutsame in Reden und Texten angesprochen wurde. Ich will deshalb nur kurz skizzieren und einige Bemerkungen zu aktuellen Fragen machen.

Der Putsch der Monarchisten und nationalistisch gesinnten Militärs gegen die Reichsregierung richtete sich gegen die noch junge Ordnung der Weimarer Republik.

Einer Republik, die für viele Menschen Hoffnung auf eine bessere Entwicklung eröffnet hat und die bis in die heutige Zeit oftmals auf eine zersplitterte politische Ordnung reduziert wird.

Eine Republik, die eine neue Zeit einläuten sollte – eine Zeit, die noch nicht klar umrissen und beschrieben war und die ihre Zukunft noch finden sollte.

Aber auch einer Republik, die die Reaktion auf den Plan rief und der kein Raum zugestanden werden sollte.

Zentrales Ziel der ausführenden Putschisten und Teilen der politischen und wirtschaftlichen Akteure war die Wiederherstellung ihrer politischen und gesellschaftlichen Machtinteressen und -verhältnisse, wie sie vor der Novemberrevolution 1918/1919 bestanden hatte.

Ihr Vorgehen war davon geprägt Rache zu nehmen, für verlorengegangenes politisches Terrain.

Die Kräfte des deutschen Imperialismus machten sich auf den Weg, die sich herausbildende bürgerliche Demokratie zu beseitigen und vor allem die fortschrittlichen Kreise der Arbeiterbewegung und ihre Organisationen zu zerschlagen.

Es galt die Errungenschaften der Novemberrevolution rückgängig zu machen.

Und es waren bereits zu dieser Zeit Elemente zu erkennen, die sich im folgenden Jahrzehnt im erstarken nationalsozialistischer und faschistischer Politik ausdrücken sollten.

Diese Entwicklungen trafen auf aktiven Widerstand.

Große Teile der damaligen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung stellten sich diesen Herausforderungen entschlossen entgegen.

Sie riefen zum Generalstreik auf und sie organisierten einen beeindruckenden Widerstand. Vieles ließe sich aus heutiger Sicht aus tiefer analysieren. Es ist nachzulesen, z.B. bei Lukas und in vielen regionalen Recherchen und Berichten.

Ich will dies an dieser Stelle nur nennen.

12 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte beteiligten sich und setzten sich zur Wehr.

Und sie waren in der Lage den Putsch von Rechts zu stoppen.

Im bewaffneten Kampf gegen die Putschisten und mit einer der Zukunft zugewandten Perspektive für eine demokratische und soziale Republik.

Die Arbeiter im Land, aus dem Ruhrgebiet, aus Bochum und vielen anderen Städten führten den Kampf für ihre Hoffnung auf eine grundlegende Neuordnung der politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse.

Unter anderen die Gewerkschaften des ADGB veröffentlichten am 18. März 1920 dazu ihre Forderungen in einem

9-Punkte - Programm

Sie wollten gemeinsam die künftige Entwicklung der Republik sichern und notwendige Lehren aus den Ereignissen zu ziehen.

Sie forderten:

»1. Entscheidender Einfluss der (genannten) Arbeitnehmerverbände auf die Umgestaltung der Regierungen im Reich und den Ländern sowie auf die Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung.

2. Sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch beteiligten Truppen und Bestrafung aller Personen, die am Sturz der legalen Regierungen beteiligt waren oder sich als Beamte des Reichs, der Länder oder Gemeinden ungesetzlichen Regierungen zur Verfügung gestellt haben.

3. Sofortiger Rücktritt des Reichswehrministers *G. Noske* sowie der preußischen Minister *W. Heine* (SPD) und *R. Oeser* (DDP).

4. Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von allen reaktionären Persönlichkeiten, besonders solchen in leitenden Stellen, und deren Ersatz durch zuverlässige Kräfte. Wiedereinstellung aller in öffentlichen Diensten gemäßregelten Organisationsvertreter.
5. Schnellste Durchführung der Demokratisierung der Verwaltungen unter Zuziehung und Mitbestimmung der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.
6. Sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten. Schleunige Einführung eines freiheitlichen Beamtenrechts.
7. Sofortige Sozialisierung des Bergbaus und der Kraftgewinnung, Übernahme des Kohlen- und des Kalisyndikats durch das Reich.
8. Sofortige Vorlegung eines Enteignungsgesetzes gegen Grundbesitzer, die die verfügbaren Lebensmittel nicht abführen oder ihren Betrieb nicht im Interesse des Volksganzen bewirtschaften, damit die produktiven Kräfte zur Gewinnung von Nahrungsmitteln restlos ausgenutzt werden.
9. Auflösung aller konterrevolutionären militärischen Formationen, Übernahme des Sicherheitsdienstes durch die organisierte Arbeitnehmerschaft.«

Große Teile der Arbeiterbewegung schlossen sich diesen Forderungen an und hofften darauf, dass sie umzusetzen seien.

Wir wissen heute – es ist letztendlich nicht gelungen die Erfolge zu sichern und die neue bessere Gesellschaft durchzusetzen.

Brutal wurde der beeindruckende Widerstand zerschlagen, tausende Arbeiter wurden zusammengeschossen und ermordet. Sie wurden umgebracht, weil sie eine neue politische und demokratische Ordnung wollten. Günter Gleising hat dies in seiner Broschüre der „Totenliste aus dem Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet“ dargestellt.

Für mich fand eine wichtige Zäsur in der deutschen Geschichte statt – ein großer Kampf wurde verloren – aber ein Kampf, auf den wir auch heute noch mit Stolz zurückschauen können.

Auf die Bergarbeiter unserer Region, auf die vielen Metallarbeiter und alle Arbeiter und Demokraten dieser Zeit.

Wir stehen in der Verpflichtung diesen Kampf zu würdigen und ihn heute unter den Bedingungen eines Finanzmarkt getriebenen Kapitalismus in neuer Form weiter zu führen.

Gründe gibt es genug.

Im 80. Jahr nach der Machtergreifung durch die Faschisten.

In dem Jahr, in dem sich zum 80. Mal die Besetzung der Gewerkschaftshäuser jährt und in einer Zeit, in der nach den schrecklichen Morden des NSU die widerwärtige Rechtsblindheit von Behörden und Verantwortlichen deutlich wird, ist es unerträglich, wenn sich die eine Regierungspartei einem Verbot der NPD widersetzt und damit Teilen der anderen Regierungspartei die Flucht aus der Verantwortung ermöglicht.

In einer Zeit, in der die deutsche Kanzlerin in der Euro-Krise eine Politik durchsetzt, die Millionen Menschen in Europa ins Elend stürzt.

In einer Zeit, in der im eigenen Land immer mehr Menschen ausgegrenzt und sozial benachteiligt werden und in der demokratische Rechte ausgehöhlt werden.

In einer Zeit, in der medienmächtig die Menschen hinter die Fichte geführt werden und in der der politische Mainstream rücksichtslos Realitäten verdreht und Wahrheiten über Textprogramme ausschließlich den eigenen, bzw. den Interessengewaltigen unterordnet.

In einer solchen Zeit wird es immer wichtiger, miteinander neue Wege des Widerstandes zu suchen, zu finden und zu beschreiten.

Die Suche nach solchen neuen Wegen ist immer auch daran gebunden, eine Analyse der Ausgangsbedingungen vorzunehmen und die Ziele zu bestimmen.

Das ist aktuell alles andere als einfach.

Ständig neue Begriffe für aktuelle Krisenerscheinungen lenken davon ab, dass wir es in dieser Zeit mit einer Krise des Systems zu tun haben.

Einer Krise, die die einen als Euro-Krise, die anderen als Staatsschuldenkrise und wieder andere als Krise der Banken ausmachen.

Ich könnte weitere Bezeichnungen aufführen.

In einer solchen Zeit der Verunsicherungen scheint es schwer, notwendige richtige Auswege zu finden.

Immer mehr Menschen fühlen sich darauf zurückgeworfen, individuelle Lösungen zu finden.

Menschen im Niedriglohn vorzuwerfen, dass sie Mehrarbeit leisten wollen, weil sie es müssen, um ihr Leben zu organisieren, ist gleichermaßen absurd, wie jungen Menschen mit Fachkräftemangel zu drohen und ihnen keine Ausbildungsperspektive zu gewähren.

Der Kampf um die individuellen Lebensbedingungen, nimmt bei vielen die Kraft für gemeinsame und solidarische Kämpfe.

In einer solchen Zeit ist auch immer der Nährboden für Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit.

Wer diese Entwicklungen verändern will, muss sich einmischen, muss Aufklärungsarbeit leisten und aktiv für Veränderungen eintreten.

Lasst uns das jeweils und miteinander angehen.

Unter anderem im Kampf um eine neue und gerechte Verteilung in diesem Land.

Einer Verteilung der Vermögen durch eine gerechtere Steuerpolitik und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer – u.a. am 13. April beim dezentralen Aktionstag hier in Bochum und bei der geplanten großen Ruhrgebietsdemonstration am 14. September.

Einer anderen Verteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung, um mehr Menschen gute Arbeit und faire Bezahlung und faire Bedingungen in neu zu ordnenden

Arbeits- und Beschäftigungsmärkten gewährleisten – u.a. durch starke Kundgebungen am 1.Mai in diesem Jahr.

Einer Neuverteilung der politischen und demokratischen Macht durch mehr Einbeziehung der Menschen in Entscheidungsprozesse, u.a. - aber eben nicht nur - bei den Bundestagswahlen am 22.September.

Wir sind das auch denjenigen besonders schuldig, die im März 1920 versuchten, die reaktionären Kräfte zu stoppen und die Welt ein Stück zu verbessern.

Ihnen gilt heute unser Gedenken – wir sind jetzt und in Zukunft aufgefordert, unseren Beitrag zu leisten.

Ich zitiere abschließend aus dem Aufruf für den heutigen Tag:

„Ihr Einsatz und Mut, ihr Idealismus und Kampfeswillen sollte für uns heute Verpflichtung sein, soziale und politische Errungenschaften zu bewahren (und wieder zu erkämpfen), den reaktionären Kräften von heute den Weg zu versperren und in ihrem Sinn für Frieden, Freiheit, Solidarität und sozialen Fortschritt einzutreten.“
Glück auf!